

**Alexander Radwan**

- (A) rismus. Ich habe jetzt meinen Fokus darauf gelegt, dass dieses Gesetz auch in die Zukunft gerichtet ist.

Mein Vorredner, der Kollege Hakverdi, hat ja schon den Bereich der Kryptowährungen angesprochen, in dem zukünftig Verwahrgeschäfte, aber auch die Werte an sich durch das KWG erfasst werden. Das heißt, die BaFin wird erstmals Zuständigkeiten im Bereich der Kryptowährungen und der Entwicklung in diesem Bereich bekommen, damit diese eben nicht als Ausweichmöglichkeiten genutzt werden, um das Geldwäschegesetz in der analogen Welt entsprechend zu umgehen.

(Beifall des Abg. Sepp Müller [CDU/CSU])

Neben der Ausweitung der Aufsicht durch die BaFin geht es – das wurde gestern schon im Ausschuss angesprochen; Kollege Zimmermann hat es heute angesprochen – auch um die NFC-Schnittstelle mit digitalen Großkonzernen. Meine Damen und Herren, ich halte es für eine Sternstunde unseres Parlaments, dass sich trotz des Drucks und trotz entsprechender Interventionen – das sage ich gerade mit Blick auf die Linken – die Koalitionsfraktionen gestern entsprechend entschieden haben, sich ein Stück Zeit zu nehmen. Dass Bedenken rechtlicher Art noch einmal geprüft werden, ist, glaube ich, selbstverständlich; aber letztendlich ist man hier aufgestanden und hat diesen Weg beschritten.

(Beifall der Abg. Sepp Müller [CDU/CSU] und Metin Hakverdi [SPD])

- (B) Lassen Sie mich wie folgt anfangen. Es ging los mit der PSD2, die ja letztendlich die Banken momentan verpflichtet, gegenüber Fintechs entsprechende Daten offenzulegen, um diesen eine Wettbewerbschance in diesem sich entwickelnden Markt zu geben. Umso wichtiger ist es, wenn sich neue Entwicklungen ergeben, entsprechende gesetzliche Regelungen zu schaffen. Wir haben die Entwicklung, dass im Bereich der Digitalisierung, der Smartphones eine Art Monopolisierung entstanden ist und es neue Geschäftsmodelle bei Google, bei Apple, bei Amazon gibt.

Es ist keine Lex Apple, sondern betrifft den Bereich des gesamten neu entstehenden Marktes der Digitalisierung, meine Damen und Herren. Darum ist es dringend notwendig, hier entsprechende gesetzliche Regelungen zu schaffen, die für Wettbewerbsgleichheit sorgen werden. Denn alles, was dort zu Monopolen führt – das gilt für die analoge Welt wie zukünftig für die digitale Welt –, wird zum Nachteil der Bürger sein.

Darum ist es richtig, dass wir heute im Deutschen Bundestag ein eindeutiges Zeichen setzen, ein Zeichen für die Regulierung in Deutschland. Aber es muss auch ein Zeichen Richtung Brüssel sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Florian Toncar [FDP])

Denn diese Regelungen können wir in Deutschland zwar anstoßen, aber letztendlich ist es eine kartellrechtliche Frage auf europäischer Ebene. Es ist meine Aufforderung an die neue Kommission, dies entsprechend aufzunehmen, meine Damen und Herren.

(C) Es geht über den Bereich der Finanzwirtschaft hinaus. Momentan beziehen sich unsere Regelungen auf die Regionalbanken, auf die Genossenschaftsbanken, auf die Sparkassen. Aber wenn ich mir die Problematik anschau, dass die Kundenbindung über die Digitalisierung, über die Smartphones stattfindet, dann wird klar, dass das den gesamten deutschen Mittelstand betrifft. Und der gesamte deutsche Mittelstand, die gesamte deutsche Wirtschaft braucht zukünftig dort, wo sie Dienstleistungen erbringt, einen fairen Zugang zum Endkunden, und das heißt Offenlegung der Schnittstellen zu einem verträglichen Preis, zu einem fairen Preis, zu einem diskriminierungsfreien Preis.

Auf die Diskussion mit den großen Fintechs – ob aus Asien/China oder aus den USA – freue ich mich schon. Sie haben ja mitbekommen, wie selbstbewusst deutsche Abgeordnete sein können. Sie sind herzlich eingeladen zu einem Dialog mit uns.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben extra festgelegt – die Kollegen haben ja zu Recht Wert darauf gelegt –, dass zukünftig Vereine zwar in das Register eingetragen werden, aber von den Zahlungen befreit werden. Es ist richtig so. Wir wollen dadurch das Ehrenamt honorieren und stützen.

(D) Meine Bitte an das Finanzministerium im Zusammenhang mit der Diskussion um Vereine – geben Sie es bitte an den Finanzminister weiter –: Ich bin der Meinung, zukünftig sollte die Gemeinnützigkeit von Vereinen nicht von der Mitgliedschaft abhängen, sondern nach wie vor vom Zweck. Ersparen Sie mir bitte die Diskussion, dass ich meinem katholischen Frauenbund vor Ort erklären muss, dass er mich jetzt aufnehmen muss, damit er zukünftig noch gemeinnützig ist.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das wäre die Höchststrafe!)

Geben Sie das bitte weiter, dann hat das auch noch einen entsprechenden Zweck.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Tagesordnungspunkt 19 a. Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie. Der Finanzausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf den Drucksachen 19/15163 und 19/15196, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 19/13827 in der Ausschussfassung anzunehmen.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/15185 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Das

**Vizepräsidentin Petra Pau**

- (A) sind die Koalitionsfraktionen, die AfD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind die FDP-Fraktion, die Fraktion Die Linke und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen.

### Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/15186. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Die Koalitionsfraktionen, die AfD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Niemand. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

- (B) Tagesordnungspunkt 19 b. Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Masterplan gegen Geldwäsche – Finanzkriminalität bekämpfen“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf den Drucksachen 19/15163 und 19/15196, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/11098 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen, die AfD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 18 a bis 18 c auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Thomas Ehrhorn, Franziska Gminder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

#### **Den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel wirksam reduzieren**

**Drucksachen 19/7429, 19/8462**

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Dr. Axel Gehrke, Kay Gottschalk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

#### **Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung – Bessere Kennzeichnungspflichten, hochwertigeres Schulesen, keine EU-Ausschreibungspflicht** (C)

**Drucksachen 19/7033, 19/13639 Buchstabe a**

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Thomas Ehrhorn, Peter Boehringer, Stephan Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

#### **Verbot von Tierexporten aus Deutschland – Insbesondere in Nicht-EU-Länder, bei nicht EU-rechtskonformen Transport-, Haltungs- und Schlachtbedingungen sowie Sicherstellung der Einhaltung der EU-Tiertransportvorgaben auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Ausarbeitung von geeigneten Straf- beziehungsweise Ordnungswidrigkeitsvorschriften für Verstöße gegen die EU-Tiertransportvorgaben**

**Drucksachen 19/5532, 19/9107**

Über die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft auf den Drucksachen 19/8462 und 19/9107 werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen. (D)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Max Straubinger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Max Straubinger (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über die verschiedenen Anträge der AfD-Bundestagsfraktion zu – so der vollmundige Titel – wirksame Reduzierung beim Pflanzenschutzmitteleinsatz, zu Tiertransporten und zu einer Förderung gesundheitlicher Ernährung.

Ich möchte für uns auf alle Fälle zuerst einmal feststellen – eines ist für uns natürlich klar –: Innovative und wirksame Pflanzenschutzmittel gehören zu einem modernen, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Pflanzenbau, auch in der Zukunft und vor allen Dingen auch in unserem Land. Das ist sicherlich ein wichtiges und entscheidendes Kriterium. Gleichzeitig ist es auch Grundlage für gesunde, aber auch rückstandsfreie Lebensmittel. Das gehört hier dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Glyphosateinsatzverbot in der Nähe von Gewässern, welches die AfD, also die neue alternative Verbotsparterie für Deutschland, in ihrem Antrag fordert, reicht ein auszuweiser Blick in die Anwendungsbestimmungen,

**Max Straubinger**

- (A) werte Kolleginnen und Kollegen. Dort ist nämlich festgehalten:

Zwischen behandelten Flächen mit einer Hangneigung von über 2 % und Oberflächengewässern ... muss ein mit einer geschlossenen Pflanzendecke bewachsener Randstreifen vorhanden sein. Dessen Schutzfunktion darf durch den Einsatz von Arbeitsgeräten nicht beeinträchtigt werden. Er muss eine Mindestbreite von ...

– 5 bis 10 Metern –

haben. Dieser Randstreifen ist nicht erforderlich, wenn ... die Anwendung im Mulch- oder Direktsaatverfahren erfolgt.

Das zeigt sehr deutlich: In den Anwendungsbestimmungen ist die entsprechende Vorsorge schon getroffen. Deshalb bedarf es nicht dieses Verbots, das hier gefordert wird.

Ich möchte mich mit einem weiteren Punkt befassen. Es wird auch ein monetäres Anreizprogramm für die Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln gefordert. Ich glaube, das Monetäre ist von Haus aus die Grundlage, dass Pflanzenschutzmittel reduziert eingesetzt werden;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

denn es ist das Geld der Bäuerinnen und Bauern, der Unternehmer, deshalb werden sie den Einsatz automatisch reduzieren. Deshalb müssen wir hier nicht zusätzliche Programme diesbezüglich beschließen.

- (B) Ich möchte mich wegen der Aktualität auch damit befassen, dass Pflanzenschutzmittel immer in die Ecke gedrängt werden, sie seien verantwortlich für weniger Biodiversität und sonstiges und vielleicht auch dafür, dass mit ihnen der Insektenschwund einhergeht. Sowohl in der neuen Studie der Technischen Universität München – wenn man sie ideologiefrei liest – als auch in der Krefelder Studie findet der Insektenschwund innerhalb eines Jahres statt. Das sollte uns veranlassen, auch bereit zu sein, über die Ursachen nachzudenken, statt hier immer nur Vermutungen anzustellen und über Ideologien zu diskutieren.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Herr Kollege Straubinger, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Dr. Diether Dehm?

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Die Allzweckwaffe der Linkspartei!)

**Max Straubinger (CDU/CSU):**

Sicherlich, Herr Kollege.

**Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):**

Herr Kollege Straubinger, ich weiß, dass Sie ein großer Freund der Tradition sind, und ich versuche, dem auch Rechnung zu tragen.

**Max Straubinger (CDU/CSU):**

Das sieht man.

**Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):**

Ist Ihnen denn nicht aufgefallen, dass es Unterschiede gibt zu der Zeit, als wir beide jung waren,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit haben wir nichts zu tun!)

als die Bienen noch überall gesummt haben, als die Schmetterlinge noch geflogen sind, als auf den Wiesen noch ein einziges Summen zu hören war? Ist Ihnen nicht der Gedanke gekommen, es könnte vielleicht an bestimmten Mitteln liegen, die zum sogenannten Pflanzenschutz verwendet werden, dass dies heute anders ist? Welche Erklärung haben Sie denn für den dramatischen Verlust unserer Lebensqualität und der Lebensqualität der Insekten? Ich weiß, dass Ihnen das genauso am Herzen liegt wie mir. Welche Erklärung haben Sie dafür?

**Max Straubinger (CDU/CSU):**

Es ist wahr, dass mir die Bienen sehr am Herzen liegen. Vor allen Dingen sind Sie offensichtlich einer Fehlinformation aufgesessen: Die Anzahl der Bienenvölker – das ist entscheidend – hat in den letzten zehn Jahren in Deutschland erheblich zugenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber in der Stadt! In der Stadt, Herr Straubinger!)

Das war auch die Falschbehauptung beim Volksbegehren in Bayern, dass die Bienen gefährdet seien. Im Gegenteil: Den Bienen ging es noch nie so gut wie heute. Lieber Herr Kollege, wir können uns darüber bei einem Bier austauschen, dann können wir die einzelnen Bienen durchzählen. Das wird sicherlich eine interessante Unterhaltung werden, lieber Herr Kollege Dehm.

Interessant ist auch, dass es in den jüngsten Feststellungen des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeslandwirtschaftsministeriums heißt: Die Landwirtschaft hat ihren Anteil daran; aber entgegen landläufiger Darstellungen können beispielsweise nur 13 Prozent der Veränderungen der Biodiversität der Insekten auf Pflanzenschutzmittel zurückgeführt werden. Herr Kollege, Beiratsmitglieder wie Herr Professor Taube oder Herr Professor Grethe stehen sicherlich nicht im Verdacht, Lobbyisten für die chemische Industrie zu sein und den Einfluss der Pflanzenschutzmittel schön gerechnet zu haben.

Ich glaube, das sind beredte Beispiele für richtigen und vor allen Dingen nach guter landwirtschaftlicher Praxis eingesetzten Pflanzenschutz;

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Glauben reicht nicht!)

dieser wird auch in Zukunft unabdingbar sein. In diesem Sinne werden wir diesen Antrag der AfD ablehnen, der letztendlich den Verbotsgeruch trägt, der auch bei anderen Parteien feststellbar ist.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich könnte jetzt die Ministerin zitieren!)

(C)

(D)

**(A) Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Abgeordnete Stephan Protschka für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Stephan Protschka (AfD):**

Habe die Ehre, Frau Präsident! Servus, liebe Kolleginnen und Kollegen der Alternative für Deutschland! Liebe bundesrepublikanische Einheitspartei! Also auf die Rede von Herrn Straubinger muss ich jetzt nicht unbedingt eingehen; denn es ist klar, dass er unseren Antrag nicht gelesen hat. Das hat er in seiner Rede kundgetan, und wie die Union zu den Landwirten steht, hat man in der Rede desselben Kollegen, Herrn Straubinger, ja gesehen. Bei Direktzahlungen hat er sich ganz aufopferungsvoll für die Landwirte und gegen diesen Gesetzentwurf ausgesprochen, und bei der namentlichen Abstimmung hat er natürlich für diesen Gesetzentwurf gestimmt.

(Stefan Keuter [AfD]: Pfui!)

Liebe Wählerinnen und Wähler, lasst euch von der Union nicht verarschen.

(Carina Konrad [FDP]: Von euch aber auch nicht!)

Hier reden sie so, wie Sie es hören wollen, und bei den Abstimmungen verhalten sie sich dann anders.

(Beifall bei der AfD – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Peinlich! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden im Ausschuss auch ganz anders als hier! Das hier ist in YouTube!)

**(B)**

Die Ernährungs- und Agrarpolitik der Großen Koalition steht sinnbildlich für den allgemein maroden Zustand dieser Bundesregierung. Seit nunmehr 14 Jahren lähmen Sie mit halbherzigen und unwissenschaftlichen Entscheidungen diesen wichtigen Wirtschaftszweig.

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: Aha! AfD, die Wissenschaftspartei!)

Wie groß der Unmut mittlerweile ist, zeigen eindrucksvoll die gegenwärtig stattfindenden Bauerndemonstrationen in ganz Deutschland: vorgestern in Niederbayern, heute in Hamburg und am 26. November hier in Berlin. Die Bauern haben von eurer Politik die Schnauze gestrichen voll.

(Beifall bei der AfD)

Aber ganz ehrlich, liebe Landwirte: Wir stehen hinter euch! Wir helfen euch!

(Beifall bei der AfD)

Was viele hier im Hohen Haus anscheinend vergessen haben, ist, dass die Land- und Forstwirtschaft von einer Bruttowertschöpfung von etwa 20 Milliarden Euro sprechen. Jeder neunte Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt mit der Ernährungs- oder Landwirtschaft zusammen,

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: Überprüfen Sie mal die Zahlen!)

ganz abgesehen von der Tatsache, dass die Landwirtschaft unsere hochwertigen Lebensmittel produziert, übrigens auch für Vegetarier und Veganer, die gegen die Bauerndemonstrationen demonstriert haben. Auch sie benötigen einen Landwirt dafür, dass ihr Salat wächst. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei unseren Landwirten bedanken, die unsere Lebensmittel so vernünftig produzieren.

(Beifall bei der AfD)

Wir stimmen heute über drei Anträge der AfD aus dem Bereich Ernährung ab. Im ersten Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, positive Anreize für diejenigen Landwirte zu schaffen, die den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel verringern. Herr Straubinger, Sie wissen, in unserem Antrag steht: Wir wollen das unterstützen, wenn jemand darauf verzichtet. Wir wollen nichts verbieten, da die Zulassung für Glyphosat 2023 vermutlich ausläuft, außer Ihre Ministerin stimmt der Verlängerung zu; es ist ja noch nicht sicher, was die Union vorhat.

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Frau Künast, Sie haben Glyphosat eingeführt. Sie müssen ganz still sein.

(Beifall bei der AfD)

Dass man die Landwirte schon jetzt unterstützen muss, wenn sie darauf verzichten, habt ihr wahrscheinlich wieder vergessen, genauso wie ihr es bei der Ferkelkastration vergessen habt. Da fällt euch kurzfristig wieder irgendetwas ein. Seid dankbar, dass es uns gibt. Wir weisen euch jetzt schon darauf hin, dass ihr etwas machen sollt für die Landwirtschaft, damit es Alternativen gibt, wenn sie darauf verzichten müssen. So lange es keine chemischen Alternativen gibt – ihr seid auch für den Rückstau in der Zulassung mit verantwortlich –, müssen wir Anreize schaffen, dass sie es mechanisch anders machen.

Des Weiteren reden wir über einen Antrag, den Frau Mackensen von der SPD und Herr Ebner von den Grünen – das wollte ich noch sagen – ja sehr gut gefunden haben. Ich bin gespannt, wie sie sich bei der namentlichen Abstimmung herauswinden, sodass sie ja nicht der AfD zustimmen müssen. Sie begründen es vermutlich nur parteipolitisch; denn inhaltlich ist es ja ein sehr guter Antrag.

(Carina Konrad [FDP]: Inhaltlich steht ja nichts drin!)

Sie müssten ja parteipolitisch gegen die AfD stimmen. Stellen Sie solche Anträge, dann stimmen wir auch zu.

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: Haben Sie den überhaupt gelesen?)

Außerdem fordern wir Sie heute auf, gemeinsam mit uns endlich die unwürdigen Tiertransporte in Drittländer zu beenden,

(Beifall bei der AfD)

solange vom Exporteur nicht lückenlos nachgewiesen werden kann, dass den Tieren auf dem gesamten Transport keine unnötigen Leiden zugefügt werden. Dass sie in einem Land, welches den Tierschutz 2002 als Staatsziel

**Stephan Protschka**

- (A) im Grundgesetz verankert hat, überhaupt noch möglich sind, ist für uns ein Skandal, meine Damen und Herren. Viele Bundesländer haben dieser unwürdigen Praxis aber zum Glück bereits einen Riegel vorgeschoben. Jetzt braucht es dringend eine bundeseinheitliche Regelung der Tiertransporte.

Meine Damen und Herren, Sie sind nur Ihrem Gewissen verantwortlich. Sie sind nicht Ihrer Fraktion verantwortlich. Gehen Sie heute Abend mit reinem Gewissen in den Feierabend, und stimmen Sie unseren Anträgen zu.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist noch gar kein Feierabend! – Dieter Stier [CDU/CSU]: Es ist noch lange kein Feierabend!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Herr Protschka, ich mache Sie darauf aufmerksam: Ja, alle Abgeordneten sind ihrem Gewissen verpflichtet. Gleichzeitig bitte ich Sie, bei der Ihnen natürlich freistehenden Bewertung des Agierens der anderen Fraktionen sich zukünftig einer etwas parlamentarischeren Ausdrucksweise zu befleißigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kann er doch gar nicht!)

- (B) Das Wort hat die Abgeordnete Ursula Schulte für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ursula Schulte (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der AfD mit dem Titel „Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung – Bessere Kennzeichnungspflichten, hochwertigeres Schulessen, keine EU-Ausschreibungspflicht“ stammt aus dem Januar dieses Jahres. Die gestellten Forderungen der AfD haben kein Alleinstellungsmerkmal und sind durch Regierungshandeln teilweise schon überholt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber der Antrag gibt uns immerhin Gelegenheit, über das Thema gesunde Ernährung zu diskutieren. Dazu will ich gerne meinen Beitrag leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen nur zu gut, dass 53 Prozent der Erwachsenen in Deutschland übergewichtig und 16 Prozent sogar adipös sind. Natürlich sind uns auch die gesundheitlichen Folgen und die Kosten für das Gesundheitssystem bekannt. Mich treibt besonders das Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen um. Sie leiden nicht nur unter den Folgeerkrankungen; sie leiden auch unter den damit verbundenen Hänseleien und Ausgrenzungen.

Vor diesem Hintergrund bin ich wirklich enttäuscht, dass sich unser Koalitionspartner nicht dazu durchringen kann, eine Regelung zu schaffen, die dafür sorgt, dass zumindest der Zuckeranteil in gesüßten Limonaden, ein Hauptdickmacher, verbindlich um 50 Prozent gesenkt werden muss. Hier reicht freiwillige Reduzierung wahrlich nicht aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Heute ist Weltdiabetestag. Wenn man sich mit dieser Krankheit näher befasst, landet man ganz schnell beim Thema Zucker. Vor diesem Hintergrund haben unsere Forderungen noch einmal ein ganz anderes Gewicht. Freuen können wir uns immerhin, dass acht Vereinbarungen im Rahmen der freiwilligen Reduktionsstrategie jetzt vorliegen. Ich gehe davon aus, dass weitere folgen werden.

Die AfD fordert eine freiwillige Lebensmittelkennzeichnung. Da kann ich nur sagen: Ist doch längst erledigt. Der Nutri-Score kommt. Die Kennzeichnung befindet sich gerade im Notifizierungsverfahren. Möglicherweise haben wir mit dieser Entscheidung sogar den Grundstein für eine europäische Kennzeichnung gelegt. Wir werden als Koalitionäre auch nicht müde, bei den Ländern für mehr Ernährungsbildung in den Schulen zu werben; denn Kindern und Jugendlichen Ernährungswissen mit auf den Weg zu geben, ist gutes Rüstzeug für das spätere Leben. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch an den Ernährungsführerschein erinnern, den Kinder in der dritten und vierten Klasse erwerben können, ein Angebot, das gut ankommt und das ebenfalls ein Erfolg ist. Viele Landfrauen engagieren sich hier. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Nationale Aktionsplan für gesunde Ernährung und Bewegung, kurz: IN FORM, sorgt mit dafür, dass die DGE-Standards für die Schulverpflegung zur Anwendung kommen. Die wirklich gute Nachricht ist, dass eine Studie zeigt, dass Schulessen nach DGE-Standards nur ein paar Cents teurer ist als die sonst üblichen Mahlzeiten. Jetzt müssen nur noch die Kommunen und die Schulleiter besser über diese Standards informiert werden. Das kann auch jeder von uns bei seinen Besuchen tun. Darum kümmern sich aber auch die Vernetzungsstellen, die wir noch mal finanziell gestärkt haben.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Institut für Kinderernährung und dem „1000 Tage Fenster“ nehmen wir die Ernährung unserer Jüngsten ganz gezielt in den Blick. Zudem sind mit dem Gute-KiTa-Gesetz die Handlungsfelder Ernährungsbildung und Verpflegungsqualität noch einmal verankert. Da gilt mein besonderer Dank unserer Familienministerin Franziska Giffey.

(Beifall bei der SPD)

Worüber ich mich wirklich freue, ist, dass wir uns gemeinsam mit den Tafeln um die Ernährungsbildung der

**Ursula Schulte**

- (A) überforderten Familien kümmern. Das ist genau die Zielgruppe, die wir zwingend erreichen müssen. Gemeinsam mit meiner Kollegin Frau Landgraf und dem Parlamentarischen Staatssekretär Fuchtel haben wir hier, finde ich, gute Arbeit abgeliefert.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte noch etwas anderes zu sagen, aber meine Redezeit rennt mir ein bisschen weg. Deswegen sage ich, dass mir wichtig war, auch mal aufzuzählen, was die Regierung, die Koalition, im Bereich gesunde Ernährung auf den Weg gebracht hat; denn da wird ja manchmal so getan, als wären wir vollkommen untätig.

Aber ich verschweige auch nicht, dass die SPD-Fraktion manches gerne anders, verbindlicher und schneller geregelt hätte. Damit komme ich auf den Anfang meiner Rede zurück. 50 Prozent weniger Zucker in gesüßten Limonaden, keine Werbung mehr für ungesunde Kinderlebensmittel und ein Verbot von Energydrinks für unter 16-Jährige – das wäre unter einer SPD-geführten Bundesregierung schon beschlossen; da bin ich mir vollkommen sicher.

(Beifall bei der SPD – Stefan Keuter [AfD]: Da haben wir ja Glück gehabt!)

Dennoch kann sich das Erreichte sehen lassen. Kleine Schritte in die richtige Richtung sind auch ein Erfolg; da bin ich eher pragmatisch unterwegs.

Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der SPD)

(B)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Carina Konrad für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Carina Konrad (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! – Was ist denn da los? Hört die Unionsfraktion nicht zu?

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Sie haben kein Recht auf Zuhören, aber Sie können gerne weiterreden!)

– Es kommt so eine Unruhe auf. Kann es sein, dass der Wirkungstreffer der FDP immer noch nicht verschmerzt wurde? Ich sage bezugnehmend auf die Debatte von gestern vielleicht mal: Kollege Färber, Kollege Auernhammer – der gerade wegläuft –, wer Freie Demokraten in diesem Haus als Heuchler und als Populisten bezeichnet, nur um von der eigenen Konzeptlosigkeit und Hilflosigkeit in dieser Koalition abzulenken, der macht die wahren Populisten in diesem Haus stark. Und die nutzen gerade die Gunst der Stunde. Die legen heute drei Anträge vor, zwar ohne viel Inhalt, aber mit einem Ziel: Bauernfängerei.

(Beifall bei der FDP)

Die Kollegen der AfD fordern von der Bundesregierung ein Konzept, das bis Ende des Jahres ein monetäres

Anreizsystem für die Landwirte schaffen soll, die den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmittel reduzieren. Das zeigt aber wiederum, wie wenig die AfD von praktischer Landwirtschaft versteht; denn das monetäre Anreizsystem, das finanzielle Anreizsystem, Pflanzenschutzmittel einzusparen, besteht darin, den Einsatz von Pflanzenschutzmittel zu reduzieren. Das spart direkt Geld im Geldbeutel der Landwirte. Kein Landwirt setzt Pflanzenschutzmittel ein, die nicht nötig sind. Vielmehr setzt er sie nur dort ein, wo sie gebraucht werden.

(Beifall bei der FDP)

In Ihrem Antrag ist kein Satz zur Lösung vorhanden. Sie reduzieren sich auf einzelne Mittel – dazu komme ich gleich noch –, aber Sie schreiben keinen Satz zur Lösung.

Die Böden sind die Grundlagen für die Landwirte. Sie haben kein Interesse daran, diese Böden in irgendeiner Art und Weise nachhaltig zu schädigen; denn Landwirte denken in Generationen und nicht in Legislaturperioden, wie man das hier ziemlich oft erleben kann.

(Beifall bei der FDP)

Die Landwirte brauchen dringend mehr als Lippenbekenntnisse oder die Symbolpolitik der Koalitionsfraktionen.

(Dieter Stier [CDU/CSU]: Oh!)

– Ja, es muss mal Schluss sein mit diesem grünen Light, das hier veranstaltet wird, bei dem das Bauchgefühl überhandnimmt und Wissenschaft und Erfahrungen völlig ausgeblendet werden.

Pflanzenschutzmittel sind ein Baustein, um Pflanzen erfolgreich anzubauen und hochwertige Lebensmittel zu produzieren. Die Folgen dieser grünen Lightpolitik sind ja bereits real. Man kann sie besichtigen. Da verbieten Kommunen Glyphosat und setzen dann die 82-fache Menge hochtoxischer Pelargonsäure ein. Ist das die Zukunft?

Da hat diese Bundesregierung dem Verbot von neonicotinoiden Wirkstoffen zugestimmt, und die Folge davon ist: Saatgut wird jetzt nicht mit einer ganz geringen Wirkstoffmenge gebeizt bzw. krustiert, stattdessen werden Landwirte dazu gezwungen, mehrfach mit der Pflanzenschutzspritze auszurücken, wenn die Insekten kommen und die Ernte bedrohen. Das ist der Erfolg dieser Politik, und das ist eine Gefahr für die Umwelt und keine Verbesserung.

(Beifall bei der FDP)

Wir gehen im Moment rückwärts und nicht vorwärts.

Die Landwirtschaft ist eine hoch innovative, eine neugierige Branche. Dort ist im Moment jede Menge in der Pipeline. Das kann man in dieser Woche auf der Agritechnica besichtigen. Aber es wird der Landwirtschaft überhaupt nicht die Chance gegeben, sich weiterzuentwickeln, nach vorne zu sehen und noch mehr zu tun. Stattdessen werden in Deutschland jeden Tag nach wie vor 60 bis 70 Hektar aus der Produktion genommen, indem man sie zubetoniert und allein die Landwirtschaft dafür verantwortlich macht, dass geringere Artenvielfalt und Insektenschwund vorherrschen. Das ist nicht ehrlich.

(C)

(D)

**Carina Konrad**

- (A) So kann man mit den Leuten nicht umgehen. Das treibt die Leute auf die Straße.

(Beifall bei der FDP)

Wir Freien Demokraten stehen an der Seite der Landwirte. Ich würde mich freuen, wenn auch die Unionsfraktion diese Haltung einnehmen würde.

(Beifall bei der FDP – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Wir wollten zumindest nicht die Direktfinanzierung abschaffen!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat Dr. Kirsten Tackmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Es geht in der Debatte um Pflanzenschutz, Ernährung und Tiertransporte. Das sind unzweifelhaft Zukunftsthemen der Landwirtschaft. Aber der Versuch der AfD, sich mit den vorliegenden Anträgen einen gutbürgerlichen Heiligenschein zu verpassen, ist doch allzu durchsichtig.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Als Linke wollen wir chemische Pflanzenschutzmittel nicht nur reduzieren, sondern minimieren. Dabei müssen wir mit den für den Menschen und für die Natur gefährlichsten Wirkstoffen beginnen. Oder besser: Solche Wirkstoffe sollten erst gar nicht zugelassen werden. Aber genau das passiert immer wieder.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist auch in der öffentlichen Anhörung zur Petition von Thomas Radetzki von der Aurelia Stiftung vor wenigen Wochen noch einmal sehr deutlich geworden. Dort wurde eine lange Liste der Lücken im Zulassungsverfahren vorgelegt. Dabei geht es nicht nur um Defizite bei Transparenz und Unabhängigkeit, sondern auch um Unvollständigkeit der Prüfung, weil zum Beispiel Langzeitstudien völlig fehlen. So kommt es immer wieder zu Fehlern. Aktuell geht es zum Beispiel um den Wirkstoff Thiacloprid. Die Zulassung dieses Pestizidwirkstoffes kann Schäden bei ungeborenen Kindern sowie an Tieren und Umwelt verursachen. Trotzdem war Thiacloprid bis 2017 zugelassen. Weil die Neubewertung nicht rechtzeitig vorgelegen hat, ist dieses Pestizid sogar bis April 2020 weiter zugelassen. Ich finde, so geht das nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Chlorpyrifos ist ein anderer Pestizidwirkstoff. Er wurde 2006 zugelassen aufgrund von fehlerhaften Studien, wie wir heute wissen, und obwohl es seit 2011 Hinweise gab, dass er Gehirnschädigungen beim Menschen auslösen kann. Das wurde übrigens im August 2019 von der EFSA, der zuständigen Lebensmittelsicherheitsbehörde,

bestätigt. Die Zulassung läuft trotzdem erst im Januar 2020 aus. (C)

Also: Ohne Verbesserung des EU-Zulassungsverfahrens werden höchstens Symptome gelindert. Als Linke wollen wir aber die Ursachen beseitigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem darf es nicht nur um den Ersatz von Wirkstoffen gehen, sondern auch um vorbeugende Konzepte, zum Beispiel um Anbausysteme, in denen sich unterschiedliche Anbaukulturen gegenseitig stärken und schützen. Gute Böden sind wichtig. Auch Pflanzenstärkungsmittel sind ein wichtiges Thema; denn auch bei Pflanzen gilt: Defizite befördern Erkrankungen. Auch die Digitalisierung kann hier sinnvoll helfen, wenn zum Beispiel Pflanzenerkrankungen frühzeitig erkannt werden und kleinräumig bekämpft werden oder Beikräuter mit modularen Maschinensystemen mechanisch bekämpft werden.

Ja, die Umstellung zu einer anderen Landwirtschaft ist nicht einfach, aber die Zeit der Ausreden muss jetzt vorbei sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch bei Tiertransporten darf es nicht länger um Kosmetik gehen, und zwar im Interesse der Tiere, aber auch zur Unterstützung der Vollzugsbehörden. Welches Veterinäramt kann schon sicherstellen, dass bis zu den EU-Außengrenzen und darüber hinaus die EU-Tierschutzbestimmungen eingehalten werden? Aber genau das fordert ein aktuelles Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Und als Tierärztin frage ich mich: Wieso müssen lebende Tiere überhaupt so lange transportiert werden, statt Schlachtkörper, Spermien oder Eizellen zu transportieren? (D)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Linke denke ich gleichzeitig an die prekären Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer bei solch langen Transporten. Deswegen sage ich ganz klar: Das ist weder sozial noch ökologisch sinnvoll und muss beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber auch in unserem Land müssen Tiere immer länger transportiert werden, weil es immer weniger, dafür immer größere Schlachthöfe gibt. Ich finde diese Entwicklung vollkommen absurd. Deswegen sagen wir Linke: Wir wollen nicht nur Symptome lindern, sondern das System und die strukturellen Ursachen beseitigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu tragen regionale Kreisläufe bei, gerade bei der Tierhaltung. Natürlich dürfen Erzeugerpreise keine Almosen von großen Schlachthofkonzernen oder Lebensmittelkonzernen sein. Um fairen Handeln geht es auch direkt vor unserer eigenen Haustür, und zwar im Interesse von Mensch, Natur und Tier.

Vielen Dank.

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Renate Künast für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kirsten Tackmann, meine Vorrednerin, hat über die AfD, über deren Anträge wir hier diskutieren, gesagt: Sie versucht nur, sich ein gutbürgerliches Image zu geben.- Ich wollte eigentlich an dieser Stelle mit Ihrem Lieblingsthema, dem Wolf, antworten.

(Carina Konrad [FDP]: Der steht jetzt gar nicht in den Anträgen! – Zuruf von der AfD: Sprechen wir über Glyphosat, das Sie zugelassen haben!)

– Sagen Sie einmal den gleichen Satz außerhalb des Plenums, dann meldet sich der Anwalt bei Ihnen wegen einer Gegendarstellung und einer Unterlassungserklärung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Eigentlich wollte ich über Ihr Lieblingsthema reden. Das heißt, dass Sie wieder einmal als Wolf im Schafspelz daherkommen, meine Damen und Herren. Sie haben quasi aufgeschrieben, was überall schon steht, ohne etwas ganz konkret vorzulegen. Ich glaube, dass wir uns einer Sache an dieser Stelle bewusst sein müssen, nämlich dass beim Thema „Agrarwirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung“ die Luft brennt. Die Bauern und Bäuerinnen gehen immer öfter auf die Straße – heute wieder in Hamburg –, die Unruhe ist groß. Aber auch die Städterinnen und Städter gehen auf die Straße. Beide fragen nach ihrer Zukunft.

Die Bauern fragen: Was ist mit meinem Betrieb? Wohin geht die Reise? Sie stellen grüne Kreuze auf. Sie haben Wut über den Kampf mit der Bürokratie. Aber ich glaube, das ist gar nicht der Kern. Die Frage ist, ob Bauernfamilien in diesem Land eine Vorstellung davon haben, wohin die Gelder gehen und wo ungefähr ihre Zukunft ist. Das betrifft die Leute.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Städter fragen sich: Was ist mit unserer Ernährung? Sie wissen um die Verantwortung für das, was auf dem Land passiert, und zwar in jeder Hinsicht: betrieblich, für die Umwelt, den Boden, das Wasser, die Luft, die Artenvielfalt. Sie sagen: Wir wollen gute und gesunde Lebensmittel. – Sie wollen eher Lebensmittel vom Bauern als die hochverarbeiteten Lebensmittel einer internationalen Lebensmittelindustrie. Unsere Aufgabe ist es, beides zusammenzubringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles andere nützt den Bauern gar nichts. Wir sollten die Landwirtschaft an der Stelle nicht alleinlassen, sondern sagen: Wir müssen klar die Wahrheit sagen. Wir dürfen niemanden hinter die Fichte führen, sondern müssen ernsthaft miteinander über Lösungen reden, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss an der Stelle allerdings auch sagen: Wenn einige demonstrieren, wie vergangenen Sonntag passiert, und dabei Redakteure von Zeitungen heimsuchen und noch vor der Haustür sitzen bleiben, wenn der Journalist schon bei der Arbeit ist und Frau und Kinder Angst haben, dann ist das nicht in Ordnung. Das ist keine politische Debatte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Man muss auch einer Kommunalpolitikerin keinen Mist vor die Haustür werfen oder eine Petition machen und die Entlassung einer Agrarredakteurin beim Bayerischen Rundfunk fordern, weil einem der Bericht nicht passte. Lassen Sie uns alle miteinander über Lösungen reden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich verstehe ja, dass man unruhig ist, weil nichts passiert, und zwar in allen Punkten. Bei der Tierwohlkennzeichnung weiß keiner, was kommt. Jetzt hat der Handel die erste Stufe der Initiative „Tierwohl“ verlängert. Was ist das? Das sind quasi Ausnahmeregelungen des Tierschutzgesetzes. Kein Mensch weiß, wie lange sie noch gelten. Das entscheiden die Gerichte. Die Ministerin hat Werbemittel in Höhe von 70 Millionen Euro, aber kein Konzept, wie man Qualität am Markt verkauft, wie man Tierschutz verkauft. Das wäre gut für die Bauern und Städterinnen und Städter, die einkaufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kükenschreddern sollte doch zu Ende sein. Nichts ist passiert. Glyphosat – wo ist die Ausstiegsstrategie? Man verweist darauf, dass es möglicherweise in Europa keine Verlängerung der Einsatzerlaubnis mehr geben wird. Der Chef vom Bundesamt für Verbraucherschutz, der bisher in der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln geübt ist, soll sich nicht um das Management des Verbraucherschutzes kümmern.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen eine ganz andere Diskussion. Wir brauchen die guten Produkte der Bauern, wir brauchen sowohl Produktqualität als auch Prozessqualität. Wir brauchen Preise, die Absatzmöglichkeiten mitten in Europa und in Deutschland schaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollegin Künast, achten Sie auf die Zeit?

**Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wir brauchen eine Agrarreform in Europa und in Deutschland. Wir brauchen ein Konzept für die Tierhal-

**Renate Künast**

- (A) tung der Zukunft. Darüber müssen wir diskutieren. Es geht nicht darum, die Emotionen von irgendjemandem hochzuschaukeln. Emotionen haben wir alle selber genug.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dieter Stier [CDU/CSU]: Das ist ja eine neue Erkenntnis für die Grünen!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die CDU/CSU-Fraktion hat die Kollegin Ingrid Pahlmann das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Ingrid Pahlmann (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Darüber, wer hier Emotionen hochschaukelt, Frau Künast, müssen wir reden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war doch ein sachlicher Beitrag!)

Ich denke, wir produzieren momentan die besten, sichersten und günstigsten Lebensmittel überhaupt.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir debattieren heute über drei Anträge der AfD-Fraktion. Es geht um Pflanzenschutzmittel und um Tiertransporte. Ich werde mich mit dem Antrag zur gesunden Ernährung befassen.

- (B) Der Antrag enthält Forderungen wie eine erweiterte Nährwertkennzeichnung und hochwertige Essensversorgung in Schulen und Kitas. Über diesen Antrag haben wir Ende September im Agrarausschuss schon einmal debattiert, und es kam die Kritik auf, dass vieles, was im Antrag gefordert wird, schon längst auf den Weg gebracht wurde. Sie werden sich vielleicht wundern: Diese Kritik kam nicht etwa aus unseren Reihen, nein, sie kam von einer Kollegin der Linksfraktion. Nun mag man vieles über Die Linke sagen, aber ihr zu unterstellen, dass sie unsere Koalition ohne Grund lobt, das geht wirklich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das stimmt! Wir loben nur, wenn es stimmt!)

Aber die Kollegin hatte recht: Die Koalition hat im Bereich Ernährungspolitik bereits einiges umgesetzt, auch wenn unser Koalitionspartner das vielleicht manchmal anders sieht. Wir hätten auch gerne oftmals etwas anders gestaltet, stellen das aber nicht unbedingt hier im Plenum zur Schau; so viel zu unserem Koalitionspartner.

Wir haben die Nationale Innovations- und Reduktionsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten auf den Weg gebracht. Der Anteil an Fertigprodukten steigt, sie sind voll im Trend, und deshalb ist es wichtig, in diesem Bereich in Zusammenarbeit mit der Ernährungswirtschaft zu Verbesserungen bei den Inhaltsstoffen zu kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Schwerpunkt der Strategie liegt hierbei bei Produkten für Kinder. Dazu gehört zum Beispiel auch das Verbot von Zucker in Säuglings- und Kindertees. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Umsetzung dieser Strategie wird von einem wissenschaftsbasierten Produktmonitoring umfassend flankiert. Erste Ergebnisse hierzu werden im März 2020 vorliegen.

Dann werden im Antrag gesunde Mahlzeiten in Schule und Kita gefordert. Im Gute-KiTa-Gesetz haben wir die Stärkung der Ernährungsbildung im Vorschulbereich und die Verpflegungsqualität als einen Baustein mit aufgenommen. Dann gibt es das Schulprogramm der Europäischen Union. Im Rahmen dessen werden bereits seit vielen Jahren frisches Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukte kostenlos oder stark vergünstigt an die Schulen abgegeben. Die Verantwortlichen in den Kommunen haben dazu die regionalen Anbieter schon längst ins Boot geholt und achten weiterhin aus eigenem Antrieb darauf, Caterer, die frisch, gesund und ausgewogen kochen, zu verpflichten. Ich bin selbst noch kommunalpolitisch tätig und kann Ihnen versichern, dass wir großen Wert auf eine gute Schulverpflegung legen. Dazu brauchen wir keinen Antrag der AfD.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zur Lebensmittelkennzeichnung. Auch hier kommt der Antrag zu spät. Die erweiterte Lebensmittelkennzeichnung, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, ist bereits in der Pipeline und wird in Kürze eingeführt. Damit bekommen die Verbraucher mithilfe eines farbigen Logos, dem Nutri-Score, eine schnelle und leicht verständliche Orientierung über die Zusammensetzung vieler Lebensmittel; momentan nur auf freiwilliger Basis, aber unsere Bundesministerin Julia Klöckner setzt sich für ein EU-weit einheitliches System ein, und wir unterstützen sie dabei. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber ich sage: Der Nutri-Score ist nur eine vereinfachte Richtlinie. Uns ist bewusst, dass Ernährungsbildung und -aufklärung für erwachsene Konsumenten einen weitaus höheren Stellenwert bekommen muss. Denn eines ist auch klar: Um die Ernährungskompetenz von Kindern und Jugendlichen zu fördern, können wir uns nicht nur auf Schulen und Kitas beschränken. Kinder und Jugendliche lernen von uns Erwachsenen, und damit sind in erster Linie die Eltern gefragt, mit gutem Beispiel voranzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die stärkste Prägung in Sachen Ernährung geht nun mal von der Familie aus. Deswegen gibt es viele weitere aus Bundesmitteln finanzierte Projekte für alle Lebensphasen. Als Beispiel nenne ich das Projekt IN FORM. Das ist längst etabliert und seit Jahren auf dem Markt. Auch hier greift der AfD-Antrag mal wieder viel zu kurz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das einzig Gute an dem AfD-Antrag zur Ernährungsbildung ist die Möglichkeit, öffentlich über das wichtige Thema Ernährung zu sprechen, inhaltlich können wir

**Ingrid Pahlmann**

- (A) dem schwachen Antrag der AfD aber beileibe nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dieter Stier [CDU/CSU]: Wirklich nicht!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Isabel Mackensen für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Isabel Mackensen (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauerinnen! Liebe Zuschauer! Ich komme aus Rheinland-Pfalz, aus der Vorderpfalz. Ich bin zwar kein Bauernkind, aber mit der Landwirtschaft, genauer: mit dem Weinbau, aufgewachsen. Es heißt zwar immer, es gebe nur noch Großbetriebe, doch ich kann Ihnen sagen: Bei mir in der Heimat gibt es noch die Bandbreite an kleinen landwirtschaftlichen Betrieben, und gerade diese zu unterstützen, ist das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion:

(Beifall bei der SPD)

die Gemüsebauern, die den Pfalzmarkt beliefern, die Zuckerrübenbauern, die die regionale Zuckerproduktion ermöglichen, die Obstbauern mit den Apfelbäumen, vor allem aber die Winzer, die uns mit ihrem herrlichen Rebsaft versorgen.

(B)

Die Bedeutung der Landwirtschaft als Branche brauche ich Ihnen nicht zu erläutern. Sie versorgt uns tagtäglich mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. In welchem Ausmaß der chemische Pflanzenschutz in Zukunft notwendig ist, muss in der Gesellschaft diskutiert werden, und das selbstverständlich mit der Landwirtschaft auf Augenhöhe. Dabei müssen die Bewirtschaftungsmaßnahmen des integrierten Pflanzenschutzes vermehrt Aufmerksamkeit bekommen und die Erkenntnisse aus dem Ökolandbau genutzt werden bis hin zum zielgenauen und sehr dosierten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, um Kulturpflanzen zu schützen. Bei mir zu Hause beispielsweise wird der Einsatz von Drohnen im Weinbau erprobt.

Es besteht Handlungsbedarf; denn das Insektensterben hat ein drastisches Ausmaß angenommen, was die Studie der TU München erst kürzlich bestätigt hat. Die Ursachen sind multifaktoriell. Deshalb müssen die Lösungen genauso vielfältig sein.

(Beifall bei der SPD)

Im derzeit erarbeiteten Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung werden neben der Landwirtschaft unter anderem auch Bereiche wie Siedlungsentwicklung, Lichtverschmutzung und die Verkehrsinfrastruktur adressiert. Als größter Landnutzer trägt die Landwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zum Insektenschwund bei, und daher können die vorhandenen Probleme nur gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten gelöst werden.

(Beifall bei der SPD)

Die vorliegenden Anträge zur Reduzierung von chemischen Pflanzenschutzmitteln und zum Verbot von Tierexporten aus Deutschland greifen zu kurz. Beim Antrag zu den Tiertransporten werden keine Lösungen der praktischen Probleme aufgezeigt. Wir sollten die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr nutzen, um die europäische Tiertransportverordnung zu überarbeiten. Generell muss das Ziel sein, Tiertransporte weitgehend zu vermeiden, zu züchterischen Zwecken jedoch können Spermien, Embryos oder befruchtete Eier transportiert werden.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Die im Antrag enthaltenen Vorschläge zum Pflanzenschutz sind überholt; denn das kommende Aktionsprogramm Insektenschutz und die aktuell erarbeitete Ackerbaustrategie sind die Grundlage für die Reduzierung von chemischen Pflanzenschutzmitteln.

Wir können die Sorge der Landwirtinnen und Landwirte wegen der bevorstehenden Veränderungen in der Landwirtschaft durch das eben erwähnte Insektenschutzprogramm, die Anpassung der Düngeverordnung und das Klimaschutzpaket nachvollziehen. Die Herausforderungen, mit denen wir alle konfrontiert sind, sind nicht plötzlich aufgetreten. Der Rucksack, der jetzt auf den Schultern der Landwirte sitzt, hat sich über die Jahre immer praller gefüllt. Der Druck steigt und führt zu Verunsicherungen. Dafür haben wir absolut Verständnis. Aber die Landwirtinnen und Landwirte sollten auch einmal hinterfragen, ob ihre Interessenvertretung auch wirklich *ihre* Interessen, die aller Landwirtinnen und Landwirte, vertritt.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Die Landwirtschaft in Deutschland ist heterogen. Daher ist eine differenzierte Sicht der Dinge notwendig. Das ist nur im Dialog möglich. So wird es schon nächste Woche einen runden Tisch der Bundesregierung zum Insektenschutzprogramm geben, bei dem gemeinsam mit den Interessenvertretern der Branche die genaue Umsetzung erarbeitet wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Aufmerksamkeit für den letzten Redner in dieser Debatte, den Kollegen Dieter Stier für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dieter Stier (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Protschka, zunächst freue ich mich sehr, dass die Kolleginnen und Kollegen der AfD nun auch das Thema Landwirtschaft für sich entdeckt haben und damit ihren thematischen Fokus etwas breiter aufstellen wollen.

**Dieter Stier**

- (A) Wir alle wissen, wie kontrovers zurzeit über die grundsätzliche Ausrichtung unserer Landwirtschaft gestritten wird. Jeder ernstgemeinte Beitrag ist daher durchaus willkommen. Aber sehen wir uns Ihre Kernforderungen einmal an: erstens Pflanzenschutzmittel reduzieren, zweitens gesundheitsbewusste Ernährung fördern, drittens Tierexporte verbieten. Das klingt beim ersten Lesen wie ein recht alter Antrag der Grünen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Nein, nicht von uns!)

Das hat mich dann doch überrascht.

Beispiel Pflanzenschutzmittel – wenn ich jetzt einmal zu den Einzelheiten kommen darf –: Die dringende Notwendigkeit einer Reduzierung, meine Damen und Herren, wird heute wohl von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Aber – und darauf kommt es an – eine Landwirtschaft ohne Glyphosatwirkstoffe ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht praktikabel; denn alle verfügbaren Wirkstoffe sind mit einem vielfach höheren Risiko verbunden. Das ist eine Tatsache, die Sie bewusst außen vor lassen und die bei Ihnen gegenwärtig nicht vorkommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –  
Zurufe von der AfD)

Im Gegensatz zu Ihrem Antrag, meine Damen und Herren, sprechen Sie sich in Ihrem eigenen Bundesprogramm für ein Totalverbot von Glyphosat aus. Jetzt frage ich Sie heute einmal: Was gilt denn nun eigentlich? Ihr Antrag – dort wollen Sie das nämlich nur sehr eingeschränkt – oder Ihr Bundesprogramm? Woher kommt denn diese plötzliche 180-Grad-Wende?

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.  
Reinhard Houben [FDP] – Zurufe von der AfD)

Eine echte Lösung für unsere Landwirte, die heute praktikabel ist, bleiben Sie leider schuldig. Leider! Doch genau die brauchen wir, wenn es auch morgen noch Landwirtschaft in Deutschland geben soll. Und dass es sie morgen noch gibt, das wollen wir zumindest, und dafür setzen wir uns auch in dieser Koalition ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Um die Glyphosatproblematik wirksam anzugehen, erarbeitet das Bundeslandwirtschaftsministerium – Herr Staatssekretär Fuchtel sitzt hier – bereits sehr gründlich eine Ackerbaustrategie. Und hier setzt unsere Lösung an: Ergebnis dieser Ackerbaustrategie wird eine erkennbare Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes sein.

Im Übrigen – auch das dürfen wir nicht ausblenden – sind bereits drei Neonicotinoide EU-weit verboten worden. Das dürfte Ihnen allen bekannt sein. Ich will es der Vollständigkeit halber hier dennoch erwähnt haben.

Außerdem hat sich die Bundesregierung im Aktionsprogramm Insektenschutz für das Ende des Glyphosateinsatzes bis 2023 ausgesprochen. Damit ist klar: Wir haben bereits gehandelt, meine Damen und Herren, und weitere Verbesserungen werden folgen.

Lassen Sie mich abschließend noch auf Ihre Idee des Verbots von Tierexporten in Nicht-EU-Länder eingehen. Sie wollen ein Verbot, wenn Tierschutzstandards im Aus-

land nicht eingehalten werden. Dramatische Bilder und einschlägige Berichte aus Gebieten außerhalb der EU belegen Handlungsbedarf. Richtig ist: Wer gegen EU-Tiertransportvorgaben verstößt, muss Sanktionen zu spüren bekommen. Das sehe ich ganz genauso.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Vorwurf der Tatenlosigkeit geht ins Leere.

Um die Situation zu verbessern, hat die Ministerin schon eingelenkt. Um Veterinären künftig bessere Entscheidungsbedingungen zu bieten, wurde mit den Agrarministern der Länder die Schaffung einer speziellen Datenbank vereinbart. Informationen über Transportrouten werden künftig Grundlage sein, ob ein Tiertransport in Drittstaaten genehmigt oder untersagt wird. Das ist ein guter Ansatz, den bisher verbliebenen Defiziten entschieden entgegenzutreten, meine Damen und Herren. Wir werden auch weiter dafür eintreten, die Wirksamkeit der Länderkontrollen durch den Bund zu erhöhen.

Wie Sie sehen, haben wir vielen der aufgeschriebenen Dinge schon Rechnung getragen. Deshalb sind Ihre Anträge entbehrlich, und wir werden sie selbstverständlich heute ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

(D) Wir kommen zunächst zu Tagesordnungspunkt 18 b. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktion der AfD mit dem Titel „Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung – Bessere Kennzeichnungspflichten, hochwertigeres Schulesen, keine EU-Ausschreibungspflicht“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/13639, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/7033 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen, die FDP-Fraktion, die Fraktion Die Linke und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Frank Magnitz [AfD]: Wie bei der Einheitspartei!)

Wer stimmt dagegen? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Niemand. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Wir kommen jetzt zu Beschlussempfehlungen, zu denen namentliche Abstimmung verlangt wurde. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass entsprechend unseren Verabredungen zum Schichtwechsel jetzt vier Abstimmungsurnen zur Verfügung stehen: rechts und links an den Seiten vom Präsidium aus gesehen, eine hier vorne und eine hinten an den Türen.

Tagesordnungspunkt 18 a. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktion der AfD mit dem Titel „Den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel

**Vizepräsidentin Petra Pau**

- (A) wirksam reduzieren“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/8462, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/7429 abzulehnen. Wir stimmen auf Verlangen der Fraktion der AfD nun namentlich über die Beschlussempfehlung ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind alle Schriftführer an ihrem Platz? – Ich eröffne die Abstimmung.

Soweit wir das von hier vorn aus beurteilen können, würde es helfen, wenn Kolleginnen und Kollegen, die ihre Stimme abgegeben haben, den Platz rund um die Abstimmungsurnen räumen, sodass die Kolleginnen und Kollegen, die noch abstimmen wollen, die Urnen auch erreichen können.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, welches seine Stimme zur Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/8462 nicht abgegeben hat? – Das scheint der Fall zu sein. Dann bitte ich, das jetzt zu vollziehen.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, welches seine Stimme zur ersten namentlichen Abstimmung nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>1)</sup>

Tagesordnungspunkt 18 c. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktion der AfD zum Verbot von Tierexporten aus Deutschland. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/9107, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/5532 abzulehnen. Wir stimmen über die Beschlussempfehlung auf Verlangen der Fraktion der AfD namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer an ihrem Platz? – Das ist der Fall. Ich eröffne die zweite namentliche Abstimmung, und zwar über die Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/9107.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, welche seine Stimme zur zweiten namentlichen Abstimmung nicht abgegeben hat? – Solange das noch der Fall ist, bitte ich diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die den weiteren Debatten hier folgen wollen, schon mal Platz zu nehmen, damit wir zügig weiterverhandeln können.

Ich frage noch einmal: Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, welches seine Stimme zur zweiten namentlichen Abstimmung nicht abgegeben hat? Diese Frage richtet sich natürlich auch an die Schriftführerinnen und Schriftführer. – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.<sup>2)</sup> Die Ergebnisse der Abstimmung werden Ihnen später bekannt gegeben.

Ich bitte jetzt, zügig die notwendige Ordnung herzustellen. Dies gilt für die Regierungsbank, aber auch für alle Fraktionen.

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 15940 D

<sup>2)</sup> Ergebnis Seite 15944 A

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12 a und 12 b auf: (C)

- a) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

**One World. One Net. One Vision. – Internet Governance Forum für ein offenes und freies globales Netz**

**Drucksache 19/15059**

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jimmy Schulz, Manuel Höferlin, Frank Sitta, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Internet Governance langfristig denken – Internationale Zusammenarbeit stärken**

**Drucksache 19/15054**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)  
Ausschuss Digitale Agenda (f)  
Auswärtiger Ausschuss  
Ausschuss für Inneres und Heimat  
Federführung strittig

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Tankred Schipanski für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** (D)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Antrag wollen wir die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des freien, offenen und sicheren Internets richten. Zeitlicher Anlass ist das Internet Governance Forum der Vereinten Nationen, kurz IGF, das in diesem Jahr vom 25. bis zum 29. November in Berlin stattfindet. Das IGF findet unter dem Motto „One World. One Net. One Vision.“ statt. Daher auch der Titel unseres Koalitionsantrags. Erstmals findet das IGF in Berlin statt. Das ist ein großer Erfolg, und dafür haben sich die Digitalpolitiker der Union und der damalige Kanzleramtschef Peter Altmaier in der letzten Legislatur besonders eingesetzt.

Meine Damen und Herren, bei einigen Staaten beobachten wir mit Sorge, dass es Tendenzen zur Fragmentierung des Internets gibt, Tendenzen zur Schaffung von nationalen Intranets oder regional geschlossenen Systemen.

Das neue Internetgesetz, das Anfang dieses Monats in Russland in Kraft trat, ist jüngster Ausdruck davon und dient unserer Auffassung nach dem Ziel, das Netz vollständig unter staatliche Kontrolle zu bekommen. Und das erfüllt uns mit Sorge.

Oder blicken wir nach China. Freier Netzzugang existiert hier nicht mehr. Internetzensur findet aus verschiedenen Gründen statt. Zum einen werden Informationen über ausländische, westliche Ideen begrenzt. Zum anderen dient die Kontrolle dem Wirtschaftsprotektionismus in China. Der Zugang zu bestimmten Webseiten ist nur über einen VPN-Tunnel möglich.